

**Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2
Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) aufgrund der Verarbeitung
personenbezogener Daten**

Im Zusammenhang mit der Rückübertragung von Vermögenswerten werden in den Referaten B 2/ B 3, B 4, B 5 und C 10 der Abteilung B/C personenbezogene Daten verarbeitet.

Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:
Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)
Anschrift: DGZ-Ring 12, 13086 Berlin
Telefon: (030) 187030 – 0
E-Mail-Adresse: poststelle@badv.bund.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:
behördlicher Datenschutzbeauftragter des BADV
E-Mail-Adresse: datenschutz@badv.bund.de

3. Zweck/e der Verarbeitung

Die o.g. Referate sind zuständig für die Bearbeitung von:
Anträgen zu unrechtmäßigen Vermögensverlusten aus der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945)
Anträgen zu Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 – 1949)
Anträgen zu Enteignungen in der ehemaligen DDR (1949 – 1990)
Erteilung von Anmeldeauskünften und Grundstücksverkehrsgenehmigungen
Aufgebotsverfahren für ehemals staatlich verwaltete Grundstücke
Festsetzung von Abführungsbeträgen gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3, 8, 11
Anträgen nach dem Entschädigungsgesetz (EntSchG)
Anträgen in Entschädigungsverfahren nach § 7a Abs. 3b, 3c VermG

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
Eine Übersicht zu den wesentlichen Rechtsvorschriften, aus denen sich die jeweilige rechtliche Verpflichtung des BADV zur Wahrnehmung der unter Ziffer 3. genannten Aufgaben ergibt, finden Sie auf der Internetseite des BADV unter der Rubrik „Offene Vermögensfragen“.

5. Art und Herkunft der Daten

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet, die selbst von Ihnen übermittelt worden sind. Zudem verarbeiten die o.g. Referate personenbezogene Daten, die sie zulässigerweise von anderen Behörden, Institutionen und Archiven im Rahmen der Amtshilfe gem. § 27 Vermögensgesetz (VermG) erhalten haben. Hierzu gehören auch Auskünfte aus Archiven (z.B. Bundesarchiv, Landesarchiv Berlin, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Archive der Städte und Landkreise), Einwohnermeldeämter (bei unbekannter Adresse der betroffenen Person).
Personenbezogene Daten werden zudem auch aus öffentlich zugänglichen Datenbanken (z.B. Yad Vashem) erhoben und verarbeitet.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten

Im Zuge der Wahrnehmung der Aufgaben werden Daten für Abfragen bzw. Recherchen ggf. an folgende Stellen

innerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung weitergegeben:

- Ausgleichsverwaltung (vgl. § 27 Abs. 2 VermG)
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (vgl. § 27 Abs. 4 VermG)
- Finanzbehörden (vgl. § 1 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden und andere Behörden und öffentliche Rundfunkanstalten)
- Bundeskasse
- Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
- Bundesministerium der Finanzen (BMF)
- Bundesrechnungshof (BRH)
- Bundesarchiv
- Landesarchive
- Grundbuchämter
- Gerichte (im Rechtsmittelverfahren)

außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung:

- Jewish Claims Conference (JCC)
- Israelisches Finanzministerium
- Gerichte (im Rechtsmittelverfahren)
- Öffentlich zugängliche Datenbanken (USHMM, Yad Vashem, Pamjat Naroda)
- Stadt- und Kreisverwaltungen
- andere am Verfahren beteiligte natürliche und juristische Personen

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden sowohl in Akten als auch in automatisierten Dateien gespeichert.

Die personenbezogenen Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen sind die Verfahrensakten gemäß (§ 5 Abs. 1 und 2 Bundesarchivgesetz (BArchG) grundsätzlich dem Bundesarchiv zur Verwahrung anzubieten und ggf. zu übergeben. Ansonsten werden die Verfahrensakten ausgesondert und unter Wahrung des Datenschutzes vernichtet. Die elektronisch gespeicherten Daten werden analog dazu gelöscht.

8. Ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten

Sie haben hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten folgende Rechte:

auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Ihnen steht zudem ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu.